PRESSEMITTEILUNG

Mehrheit der Europäer:innen befürwortet digitale Alternativen aus Europa, doch die europäische Debatte bleibt hinter diesem Anspruch zurück

Eine neue Umfrage der Bertelsmann Stiftung zeigt breite Unterstützung für europäische Digitalangebote, mehr europäische Kontrolle über Schlüsseltechnologien und einen sicheren, verlässlichen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. EU-weit würden 67 Prozent der Bevölkerung europäische KI-Anwendungen, soziale Medien und Cloud-Dienste den bisher genutzten Angeboten vorziehen, sofern sie vergleichbare Funktionen bieten. Europa sollte deshalb Investitionen in digitale Technologien mit wirksamer Regulierung verbinden und eine offene, interoperable und dezentrale Infrastruktur aufbauen. Zudem ist die Politik gefordert, verständlich zu erklären, wie diese Maßnahmen für mehr digitale Kontrolle und verlässliche Dienste sorgen.

Berlin/Gütersloh, 2. November 2026. Die Europäer:innen haben klare Erwartungen an ihre digitale Zukunft. Nach der aktuellen Umfrage der Bertelsmann Stiftung in allen 27 EU-Mitgliedstaaten halten 72 Prozent es für wichtig, dass Europa die Kontrolle über zentrale digitale Technologien und Infrastrukturen hat – von Cloud-Diensten und Netzwerken über Software bis hin zu Künstlicher Intelligenz. 73 Prozent sorgen sich, dass Akteure außerhalb Europas kritische digitale Dienste aus der Ferne abschalten könnten. Allerdings erreicht die Sprache der politischen Debatte viele Menschen bislang nicht: Nur 49 Prozent geben an, mit dem Begriff „digitale Souveränität“ vertraut zu sein.

„Die Menschen verstehen, was auf dem Spiel steht, wenn grundlegende Dienste von Entscheidungen abhängen, die außerhalb Europas getroffen werden“, sagt Martin Hullin, Direktor des Netzwerks für technologische Resilienz und Souveränität im Programm Europas Zukunft der Bertelsmann Stiftung. „Sie wollen Technologien, auf die sie sich verlassen können, klare Rechte, die sie durchsetzen können, und Alternativen, die auf überprüfbaren und vertrauenswürdigen Infrastrukturen basieren. Europa ist besonders gut aufgestellt, dies für sich selbst und für verlässliche Partner außerhalb Europas anzubieten. Wir brauchen aber eine verständlichere Sprache für die breite Öffentlichkeit, damit alle diesen Anspruch mittragen und vorantreiben können.“

Die Umfrage zeigt zudem, was die Europäer:innen konkret erwarten. 83 Prozent halten es für wichtig, dass digitale Systeme für zentrale öffentliche Dienstleistungen, etwa im Gesundheitswesen, bei Wahlen und in der Justiz, transparent und sicher sind. 78 Prozent wollen innerhalb Europas rechtlich gegen Schäden oder Ausfälle digitaler Dienste vorgehen können. Für 69 Prozent ist wichtig, dass Daten in Europa gespeichert und verarbeitet werden sowie auch europäisches Eigentum bleiben.

Besonders groß ist die Unterstützung dafür in der politischen Mitte. Unter Befragten, die sich der linken Mitte zuordnen, liegt sie bei 79 Prozent, in der rechten Mitte bei 75 Prozent. Am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums sind es dagegen 41 Prozent. Weniger ausgeprägt ist das Vertrauen in Europas bisheriges Handeln. 43 Prozent sind der Ansicht, dass es Europa gelingt, digitale Dienste von außerhalb des Kontinents erfolgreich im Einklang mit seinen Grundwerten zu regulieren. Ebenso viele sehen dies nicht so, 14 Prozent mögen nach eigener Aussage kein Urteil fällen.

Für Deutschland ergibt sich das folgende Bild: Nur 42 Prozent der Deutschen geben an, den Begriff „Digitale Souveränität" zu kennen und bilden damit zusammen mit Polen das Schlusslicht der einzeln betrachteten EU-Mitgliedstaaten. Das Thema selbst hat für die Menschen hierzulande jedoch eine hohe Bedeutung. 76 Prozent halten es für wichtig, dass Europa die Kontrolle über zentrale digitale Technologien und Infrastrukturen behält. Gleichzeitig äußern 77 Prozent die Sorge, dass wichtige digitale Dienste in Europa aus der Ferne abgeschaltet werden könnten. Zudem bescheinigen lediglich 39 Prozent der Deutschen Europa Erfolg darin, digitale Dienste von außerhalb Europas so zu regulieren, dass sie mit den europäischen Grundwerten im Einklang stehen. Mit 51 Prozent hält die Mehrheit dieses Unterfangen für nicht erfolgreich. Entsprechend groß ist daher die Offenheit gegenüber europäischen Lösungen: 75 Prozent würden europäische Alternativen zu KI-Anwendungen, sozialen Medien, Cloud-Diensten und so weiter bevorzugen, wenn diese genauso leistungsfähig wären wie die derzeit verfügbaren Angebote.

Die Studie empfiehlt der europäischen Politik, Investitionen in technologische Fähigkeiten konsequent mit einer wirksamen Regulierung zu verbinden. Dazu gehört auch, stärker auf eine offene, interoperable und dezentrale Infrastruktur zu setzen, die Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern verringert und öffentliche Kontrolle ermöglicht. Gleichzeitig sollte die Politik die Ziele digitaler Souveränität der breiten Öffentlichkeit verständlich und überzeugend vermitteln: als international wettbewerbsfähige Vision für Europa, die auf Vertrauen und Glaubwürdigkeit baut.

Zusatzinformationen:

eupinions ist ein europäisches Meinungsforschungsinstrument der Bertelsmann Stiftung, dessen Daten von Nira Data erhoben werden. eupinions befragt regelmäßig Bürger:innen in allen 27 EU-Mitgliedstaaten zu europäischen Themen. Die dieser Analyse zugrundeliegende Umfrage fand im Juni 2026 statt. Einzelheiten zur Methodik sind in der Publikation enthalten. Weitere Informationen: eupinions.eu.

Das vor einem Jahr gegründete **European Network for Technological Resilience and Sovereignty (ETRS)** bündelt Forschungsexpertise aus ganz Europa. Es arbeitet daran, ein gemeinsames Verständnis digitaler Souveränität zu entwickeln und das Konzept in konkrete politische Maßnahmen zu übersetzen, die Europas technologische Unabhängigkeit stärken. Weitere Informationen: European Network for Technological Resilience and Sovereignty.

Kontakt: **Martin Hullin, Bertelsmann Stiftung**
Telefon: +49 (5241) 81-81864
E-Mail: martin.hullin@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.
Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.
Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de